

Wer zähmt den Kapitalismus?

Jens Beckert

Die Länder der westlichen industrialisierten Welt verabschieden sich zurzeit von den institutionellen Strukturen ihrer Ökonomien der Nachkriegszeit. Das Modell, das ihnen einen noch nie da gewesenen Reichtum gebracht hat, ist durch veränderte wirtschaftliche und politische Realitäten unter Druck geraten. Natürlich war dieses Modell in den verschiedenen Ländern ein jeweils anderes. Doch trotz wichtiger Unterschiede vereinte die Ökonomien der westlichen Industrieländer in der Zeit zwischen den fünfziger und den achtziger Jahren bestimmte Merkmale, die es ermöglichen, sie als spezifische Phase innerhalb der Entwicklung des Kapitalismus zu verstehen. Dies gilt für die allgemein akzeptierte Rolle des Staates bei der ökonomischen Steuerung, den umfassenden Wohlfahrtsstaat und die in vielen Ländern institutionalisierten Formen neokorporatistischer Regulation mit starken Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Aus heutiger Sicht erscheinen die Jahrzehnte der Nachkriegszeit häufig als eine »goldene Zeit«. Nicht nur erfuhren große Teile der Bevölkerung kontinuierliche Verbesserungen ihres Lebensstandards. Die durch wirtschaftliche Prosperität erreichte soziale Inklusion schien die sozialen Konflikte, die westliche Gesellschaften seit dem Beginn der Industrialisierung erschüttert hatten, endgültig zu befrieden.

Die Befriedigung über diese Entwicklung kommt in zeitgenössischen Sozialtheorien zum Ausdruck. Ralf Dahrendorf (1957) sah den Klassenkonflikt durch demokratische Strukturen der Konfliktbewältigung überwunden. Helmut Schelsky (1953) sprach in den fünfziger Jahren von einer »nivellierten Mittelsstandsgesellschaft«. Und sogar noch in den achtziger Jahren konnte Ulrich Beck (1986) die Struktur sozialer Mobilität mit der Metapher eines Fahrstuhleffektes beschreiben, demzufolge alle sozialen Gruppen langsam, aber kontinuierlich aufsteigen, wenngleich sich nicht alle auf der gleichen Ebene befinden.

Heute sind viele der sozialökonomischen Bedingungen der Nachkriegszeit Geschichte. Die Wachstumsraten der großen europäischen Ökonomien waren während der letzten fünfzehn Jahre so niedrig, dass in vielen Ländern der Nachfrage nach Arbeitsplätzen nicht mehr entsprochen werden konnte. Vor allem durch den Prozess der Deindustrialisierung haben die Gewerkschaften viele Mitglieder und einen Großteil ihres Einflusses verloren. Neokorporatistische

Arrangements industrieller Beziehungen haben ihre Bedeutung und ihre politische Anziehungskraft weitgehend eingebüßt. Viele europäische Länder und die USA befinden sich in einer Fiskalkrise, die bereits während der siebziger Jahre vorhergesehen wurde (O'Connor 1973; Offe 1972), die aber erst jetzt ihre lähmende Wirkung entfaltet. Die europäischen Gesellschaften sind mit demografischen Veränderungen konfrontiert, die lange vorhergesehen, deren potenzielle wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen aber mehr als zwei Jahrzehnte ignoriert wurden. Die Frage, wie sich immer weiter ausdehnende Phasen des Ruhestands und steigende Gesundheitskosten durch die Sozialabgaben und Steuern einer sinkenden Erwerbsbevölkerung zukünftig finanzieren lassen, ist völlig ungelöst.

Eines der herausragenden Merkmale dieser Wandlungsprozesse ist die abnehmende Rolle des Staates in der Steuerung der Wirtschaft. Aufgrund zunehmender Fiskalprobleme, der Privatisierung vormals staatlicher Industrien wie der Telekommunikation und der Eisenbahn, Deregulierung, der Internationalisierung der Güter- und Finanzmärkte sowie des Verlustes der Instrumente keynesianischer Steuerung haben die westlichen Nationalstaaten heute sehr viel weniger Kontrolle über ihre Ökonomien als vor dreißig Jahren. Paradoxerweise lässt sich diese Entwicklung zu einem guten Teil selbst als Resultat staatlicher Entscheidungen verstehen. Die sich seit den siebziger Jahren entfaltende Welle der Globalisierung wurde wesentlich durch politische Entscheidungen der Aufhebung von Handelsbeschränkungen und Deregulierung der Finanzmärkte möglich, ebenso wie durch die Gründung internationaler Institutionen wie der Welthandelsorganisation. In diesem Sinne ist die Globalisierung wirtschaftlicher Beziehungen zweifelsohne ein politisches Projekt, das aus den Vereinbarungen souveräner Nationalstaaten entstand (Mann 1997; Scharpf 1998).

Die reduzierte Macht des Staates lässt sich nicht nur in der Ausdehnung von Marktbeziehungen, sondern auch auf der ideologischen Ebene verfolgen. Hier fand während der letzten dreißig Jahre eine umfassende Veränderung der makroökonomischen Orientierung statt. Niemand hat den makroökonomischen Konsens der Nachkriegszeit pointierter beschrieben als der republikanische Präsident Richard Nixon im Jahre 1972 mit seinem berühmten Satz: »We're all Keynesians now«. Selten hat sich jedoch ein Statement, das nicht nur die Gegenwart beschreiben, sondern auch eine Vision für die Zukunft zum Ausdruck bringen sollte, schneller als falsch erwiesen. Nach 1972 hat sich die makroökonomische Orientierung radikal von dem keynesianischen Interventionismus hin zu einem neoliberalen Absentismus verändert, der zur Delegation des Staates als bedeutendem »Spieler« in der Organisation von Wirtschaftsbeziehungen führte (Blyth 2002; Campbell/Pederson 2001).

Heute dominiert eine wirtschaftspolitische Rhetorik, die weitgehend voraussetzt, dass der Staat sich möglichst weit aus der Ökonomie heraushalten sollte. Staaten verursachen wirtschaftliche Probleme, Märkte hingegen lösen sie. Davon abweichende Auffassungen sind allenfalls Minderheitenmeinungen. Aber lässt sich die neoliberale Rhetorik unbeschränkter Märkte, in denen die Rolle des Staates auf ein Minimum reduziert ist, als ein Modell für wirtschaftliche Prosperität und soziale Ordnung heranziehen?

In diesem Beitrag wende ich mich gegen dieses dominierende Paradigma. Ich argumentiere, dass der Neoliberalismus in zweierlei Hinsicht ein Irrweg ist. Zum einen ist er in funktionaler Hinsicht ein Irrweg, nämlich in der Annahme, Märkte könnten unabhängig von sozialen, kulturellen und institutionellen Voraussetzungen bestehen. Die bedeutendste institutionelle Voraussetzung von Märkten ist der Staat. Zum anderen ist die neoliberale Rhetorik in einem normativen Sinn irreführend. Genauer: Sie ist irreführend in der Annahme, dass eine demokratische politische Ordnung auf einer Organisation der Wirtschaft beruhen könnte, die nur der Logik wirtschaftlicher Effizienz folgt, den sozialen Konsequenzen von Märkten aber indifferent gegenübersteht. Dagegen argumentiere ich, dass kapitalistische Ökonomien von sozialen Vorbedingungen abhängen, die sich in dem Begriff der »Einbettung« zusammenfassen lassen. »Einbettung« heißt dabei – orientiert an Karl Polanyi (1957 [1944]) –, dass der Verteilungsmechanismus des Marktes mit anderen Mechanismen wie Redistribution und Reziprozität kombiniert sein muss, um stabile soziale Ordnung erreichen zu können. Diese Mechanismen können jedoch nicht allein in individuellen Interessen verankert sein, sondern hängen von institutionellen Strukturen und wertrationalen Handlungsorientierungen ab, durch die Akteure kollektive Handlungsprobleme lösen können.

Ich werde zunächst darlegen, inwiefern Märkte nichtökonomische Voraussetzungen haben. In einem zweiten Schritt werde ich dann unter Bedingungen der Globalisierung für den Staat verbleibende Möglichkeiten der Einflussnahme auf Märkte diskutieren.

1 Märkte in der klassischen Soziologie

Welche Bedeutung die Einbettung von Märkten für kapitalistische Ökonomien hat, lässt sich von den Klassikern der Soziologie lernen. Diese schrieben zu einer Zeit fundamentalen sozialökonomischen Wandels, der mit massiven politischen und sozialen Unruhen verbunden war. Während ihres Lebens erfuhren sie dramatische soziale Transformation in Form der Zerstörung einer vornehmlich

auf der Landwirtschaft beruhenden sozialen Ordnung hin zum Entstehen der Industriegesellschaft. Die Untersuchung der Wirtschaft und der Funktionsweise von Märkten wurde vor diesem Hintergrund ein wichtiger Teil ihrer soziologischen Forschungen.

Trotz ihrer sehr unterschiedlichen Ansätze stimmen die klassischen Soziologen darin überein, dass Märkte selbst soziale, politische und kulturelle Grundlagen haben, die für ihre Entstehung und ihr Bestehen unverzichtbar sind. Max Weber (1981 [1920]) etwa analysierte die Bedeutung institutioneller Voraussetzungen und ethischer Orientierungen für die Entstehung des modernen okzidentalen Kapitalismus. Der Kapitalismus konnte sich im Westen erst auf der Grundlage eines rationalen Staates mit dem entsprechenden Rechtssystem sowie der Durchsetzung des Systems der doppelten Buchführung entwickeln. Darüber hinaus analysierte Weber die Bedeutung kultureller Entwicklungen und einer universalistischen Ethik für die Entstehung der motivationalen Basis für rationales kapitalistisches Handeln. Émile Durkheim (1992 [1893]) betrachtete »entbettete« Marktbeziehungen als instabil aus Gründen, die wir heute mit Begriffen wie »Opportunismus« oder »Prinzipal-Agent-Problem« kennzeichnen würden. Die Erfüllung von Verträgen bedarf der »Vertragsmoral«, also einer Einstellung, die eigennützig opportunistisches Handeln im Markttausch einschränkt und darin durch soziale Sanktionen bekräftigt wird. Nur auf der Basis der nichtvertraglichen Elemente des Vertrages sind vertragliche Beziehungen möglich. Darüber hinaus basieren Marktbeziehungen auf intermediären Strukturen – die Durkheim (1992 [1893, 1902]) als Berufsgruppen bezeichnete –, um die entstehenden Konflikte zwischen Kapital und Arbeit zu lösen.

Die Beschäftigung mit der kapitalistischen Wirtschaft beschränkte sich bei den Klassikern nicht auf den Versuch, das Wirtschaftssystem zu verstehen. Vielmehr wollten sie die Folgen der marktwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaft als Teilbereich einer funktional differenzierten Gesellschaft analysieren und einen wissenschaftlichen Beitrag zur Gesellschaftsreform leisten. In diesem Sinn waren ihre Wirtschaftstheorien Sozialtheorien. Dies wird bei Karl Polanyi (1957 [1944]) besonders deutlich. Seine zunächst 1944 veröffentlichte Monografie *The Great Transformation* wurde von Polanyi inmitten der Zeit der europäischen Katastrophen des Kriegs und der Diktaturen geschrieben und kann als bitterer Kommentar zu dem aktiven Beitrag einer bestimmten Organisation der Wirtschaft zu diesen Katastrophen gelesen werden. Die sozialen Entwurzelungen, die letztlich zu den politischen Destabilisierungen führten, hatten für ihn ihre Ursachen in der Institutionalisierung eines Systems freier Märkte, durch das auch die »fiktiven Waren« Arbeit, Land und Geld kommodifiziert wurden. Die unregulierten Märkte hatten Auswirkungen, die von den Märkten selbst nicht beherrscht werden konnten und »ein durch individuelles Handeln nicht zu be-

wältigendes Ausmaß von Unsicherheit« (Deutschmann 2006: 7) erzeugten. Polanyis Einsicht aus den bitteren Erfahrungen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts war, dass der Markttausch, um mit sozialer Ordnung kompatibel zu sein, mit anderen Formen der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, insbesondere mit Redistribution und Reziprozität verbunden bleiben muss.

Zwei Dinge lassen sich aus den Schriften der klassischen Soziologie lernen. Zum einen hängen kapitalistische Ökonomien an sozialen und politischen Bedingungen, die Märkte selbst nicht produzieren können. Sie müssen vom Staat, intermediären Institutionen und durch die moralischen Einstellungen der Akteure erzeugt werden. Zum anderen kann die Analyse der Wirtschaft nicht auf eine Effizienzperspektive reduziert werden, vielmehr muss die Wirtschaft in ihren Wechselbeziehungen zur Gesellschaft insgesamt betrachtet werden. Ökonomische Strukturen sind immer in dem Sinn sozial, dass sie Konsequenzen für andere soziale Bereiche haben. Am wichtigsten dabei ist, dass das Leben der Menschen selbst von ihrer Teilhabe an den insgesamt produzierten Gütern abhängt. Talcott Parsons und Neil Smelser (1956) haben diese Verbindungen in dem Begriff der Interpenetration zum Ausdruck gebracht, mit dem sie hervorheben, dass die Erfüllung adaptiver Funktionen immer mit dem politischen Gemeinwesen, den Institutionen sozialer Integration und mit kulturellen Werten verbunden bleibt. Die Wirtschaft erlangt Ressourcen von diesen Subsystemen und stellt zugleich die materiellen Ressourcen zur Verfügung, die Voraussetzung zur Erfüllung nichtökonomischer Funktionen in der Gesellschaft sind. Daraus folgt, dass die Logik des ökonomischen Systems nicht der Maßstab politischen Handelns sein kann; die Ordnung der Wirtschaft muss auch im Hinblick darauf bewertet werden, welchen Beitrag das ökonomische System zur Reproduktion sozialer Ordnung leistet.

2 Staat und Märkte in der Wirtschaftsgeschichte

Die Abhängigkeit kapitalistischer Ökonomien von regulativen Strukturen, einschließlich denen des Staates, findet sich nicht nur in der klassischen Soziologie reflektiert, sondern auch in wirtschaftshistorischen Studien. Historische Untersuchungen stimmen in der Bewertung der zentralen Rolle des Staates für die Entwicklung des Kapitalismus überein (Braudel 1979; Fligstein 2001; Weber 1985 [1922]). Der Staat stellt die für die Existenz nationaler Märkte notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen bereit. Ebenso reguliert der Staat die Strukturen, mit deren Hilfe wirtschaftliche Akteure – normalerweise Unternehmen – international miteinander in Austausch treten können. Staaten schaffen

Märkte durch das bürgerliche Recht, das Wettbewerbsrecht, Standardisierungen, die Durchsetzung von Eigentumsrechten, die Garantie von Währungen oder auch die Protektion nationaler Industrien mit Hilfe von Zöllen und Abgaben. Diese für die Entstehung und stabile Reproduktion von Märkten notwendige institutionelle Infrastruktur entsteht nicht spontan, sondern ist das Resultat politisch-institutionellen Designs. Das bedeutet nicht, dass nur der Staat institutionelle Strukturen in Märkten schaffen würde. Private Assoziationen spielen für die Selbstregulation von Märkten ebenso eine Rolle, etwa für Standardisierungen und die Beobachtung und Sanktionierung von Fehlverhalten. Unternehmerverbände und Gewerkschaften organisieren Prozesse der Konfliktlösung auf der Kollektivebene (Streeck 1994, 1999). Darüber hinaus bestehen informelle Formen der Marktregulation. Dies sind Normen erwarteten unternehmerischen Verhaltens, ebenso wie »Kontrollkonzeptionen« (Fligstein 2001), die Sichtweisen kompetitiven Handelns widerspiegeln, als auch partikularistische Netzwerkstrukturen, wie sie etwa in ethnischen Ökonomien beobachtet werden können (Portes/Sensenbrenner 1993).

Die historische Untersuchung der Entstehung des globalen Kapitalismus zeigt, dass »world markets as a relatively enduring economic phenomenon come only in existence where economic actors engage in relatively stable and structured patterns of interactions which are embedded within a preexisting framework of institutionalised rules of market behaviour« (Quack 2000: 1). Erst soziale und politische Regulationen, die Ungewissheit und Risiken des Tauschs reduzieren (Beckert 1997), ermöglichen die Entstehung von Märkten.

Das gilt nicht nur historisch, sondern auch für die heutigen Prozesse der Internationalisierung von Märkten. Was als Globalisierung bezeichnet wird, wäre ohne die organisatorischen Leistungen von Nationalstaaten und die Institutionen globaler Governance, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben, undenkbar. Hierzu gehören die Organisationen des Bretton-Woods-Systems ebenso wie die Welthandelsorganisation und regionale Zusammenschlüsse wie die Europäische Union, NAFTA und ASEAN. Diese Governancestrukturen erfüllen unabdingbare Aufgaben in der Steuerung globaler Märkte, indem sie den Marktzugang regulieren, Konflikte verhandeln, Währungen sichern und Eigentumsrechte schützen (Fligstein 2001; Roderick 2000, 2003).

Staatliche Voraussetzungen von Märkten erhalten in der Regel wenig Aufmerksamkeit, ihr Funktionieren wird von den Akteuren als selbstverständlich vorausgesetzt. Erst in Krisensituationen wird die Bedeutung der institutionellen Einbettung von Märkten offensichtlich. Die immer wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen im neunzehnten Jahrhundert können wesentlich auf unzureichende Marktregulation zurückgeführt werden (Fligstein 2001). Die Finanzkrise in Asien 1997 hatte – hierin stimmen die meisten Untersuchungen überein – ihre

hauptsächliche Ursache in unzureichend regulierten nationalen Finanzmärkten (Eichengreen 1998; Roderik 2000). Die Liberalisierung der russischen Wirtschaft nach 1990 scheiterte wesentlich daran, dass ungenügende Regulation Strukturen der Korruption den Weg gebahnt hat. Die Staaten und Regionen mit den schwärzesten Perspektiven für wirtschaftliche Entwicklung sind jene, in denen der Staat sein Gewaltmonopol verloren hat und lokale Machthaber diese Lücke füllen. In solchen »versagenden Staaten« entstehen »Gewaltmärkte« (Elwert 2001), in denen sich private Gruppen gewaltsam »Profitzonen« sichern.

3 Die moralische Basis von Märkten

Die Betrachtung soziologischer Theorien und wirtschaftshistorischer Untersuchungen lässt neoliberale Gedanken, die den staatlichen Einfluss auf Märkte wesentlich als Beeinträchtigung wirtschaftlichen Wohlstands sehen, in einem kritischen Licht erscheinen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Gegenüberstellung von Staat versus Markt konzeptuell falsch ist. Märkte werden von Staaten konstituiert, genauso wie Staaten von den Steuereinnahmen aus der Ökonomie abhängen (Tilly 1990). Dies schließt nicht aus, dass viele konkret bestehende Regulationen wirtschaftliches Wachstum unterminieren. Der Konflikt wird aber als Suche nach den *richtigen* institutionellen Strukturen zur Einbettung der Wirtschaft verstanden und nicht als Alternative zwischen Einbettung und Entbettung.

In einer Hinsicht besteht diesbezüglich wenig Dissens: Nur wenige Beobachter würden die Bedeutung des Staates für die Einrichtung regulativer Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation in Zweifel ziehen. Die Bedeutung grundsätzlicher regulativer Strukturen kann in jeweils konkreten Fällen umstritten sein, ist es aber nicht prinzipiell. Ein Staat, der auf diese eingeschränkten Funktionen beschränkt bleibt, lässt sich als »regulativer Staat« (Streck 1995) bezeichnen, was die Beschränkung staatlicher Funktionen auf die Schaffung der Voraussetzungen für weitgehend ungehinderten Wettbewerb meint. Das normative Kriterium für den »regulativen Staat« ist die Logik wirtschaftlicher Effizienz.

Folgt man den Erkenntnissen der soziologischen Theorie bezüglich der notwendigen Einbettung moderner Volkswirtschaften, dann erscheint die Beschränkung der Rolle des Staates auf Effizienzsteigerung jedoch als zu kurz greifend. Ignoriert wird die Einsicht von Talcott Parsons (1951), dass soziale Ordnung eine Organisation der Wirtschaft voraussetzt, die mit den kontingenten gesellschaftlichen Werten von sozialer Gerechtigkeit, Fairness, Gleichheit, Sicherheit und

Freiheit in Übereinstimmung steht. Die Regulation der Wirtschaft muss nicht nur zu einer funktionalen Passung im Sinne der Maximierung wirtschaftlichen Wachstums führen, sondern auch »moralische Unterstützung« (Offe 1996) finden. Die Wirtschaft muss soziale Legitimation erlangen und damit nicht nur zur Systemintegration, sondern zur Sozialintegration (Lockwood 1970) moderner Gesellschaften beitragen. Moderne Gesellschaften müssen das Dilemma lösen, dass die einseitige Verfolgung der Logik des wirtschaftlichen Systems insgesamt zu irrationalen Handlungsergebnissen führen kann (Offe 1986: 106).

Mit Karl Polanyi (1957 [1944]) lässt sich diese Vermischung ökonomischer und nichtökonomischer Logiken als Konsequenz der Eigenschaften »fiktiver Waren« verstehen. Polanyi hatte argumentiert, dass Arbeit nie völlig kommodifiziert werden kann, weil sie keine Ware ist. Weder kann Arbeit von ihrem Träger losgelöst werden, noch kann der Arbeiter das Arbeitsangebot strategisch regulieren. Eine völlige Unterwerfung des Produktionsfaktors Arbeit unter die wirtschaftliche Verwertungslogik würde das Menschenrecht auf physische Reproduktion und auf ein menschenwürdiges Leben verletzen (Sen 1985). Daher kann es nur »Grade« der Kommodifizierung von Arbeit geben, die ihre Grenze in den sozialen Normen akzeptabler Behandlung von Menschen und in deren faktischer Akzeptanz findet. Auch aus diesem Grund müssen Märkte durch Institutionen sozialen Schutzes ergänzt werden. Diese Behauptung findet historische Bestätigung. Wenngleich die Institutionalisierung des Arbeitsrechts und die Entwicklung des Sozialstaates funktionale Hintergründe hatten, wurden diese staatlich induzierten Regulationen auch von tiefgehenden, häufig religiös motivierten Diskussionen um Ethik und Moral angetrieben (Kaufmann 2003). Dies bezieht sich auf Gerechtigkeitswerte, die in der Armengesetzgebung Niederschlag fanden, aber auch auf aufklärerische Prinzipien, mit denen die Universalisierung von Bildung und das Recht auf solidarische Unterstützung derjenigen begründet wurde, die kein Markteinkommen erzielen können.

4 Die Dilemmata des Bedeutungsverlustes des Staates

Es besteht kaum Zweifel, dass die Zunahme des Wettbewerbsdrucks durch die Globalisierung von Märkten, aber auch demografische Veränderungen die Möglichkeiten von Nationalstaaten drastisch einschränken, die redistributiven Strukturen unverändert aufrechtzuerhalten, die vornehmlich in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts aufgebaut wurden. Damit werden zugleich tiefgehende Dilemmata der sozialen Integration der westlichen industrialisierten Länder offenkundig.

(1) Ein erstes Dilemma entsteht bei der Verfügbarkeit öffentlicher Güter. Wenn wir Globalisierung als Intensivierung des weltweiten Wettbewerbs zwischen Unternehmen mit den Folgen erhöhter Mobilität von Kapital einerseits und zunehmendem Druck auf Reallöhne sowie der Ausbreitung diskontinuierlicher Erwerbsbiografien für einen Teil der Bevölkerung andererseits verstehen, wird die Erzielung von Steuereinnahmen für die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Ausbildung, öffentliche Gesundheit, Grundlagenforschung oder Verkehrsinfrastruktur zunehmend schwieriger werden. Die Intensivierung von Wettbewerb begrenzt die Besteuerung mobiler Einkommensformen. Die Nationalstaaten werden gezwungen, deren Besteuerung niedrig zu halten, um als Produktionsstandort attraktiv zu bleiben und Standortverlagerungen zu verhindern. Bei sinkenden Realeinkommen aus Arbeit und einer steigenden Aufgabenlast durch Arbeitslosigkeit und demografische Veränderungen ist es dem Staat immer weniger möglich, öffentliche Güter in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig hängen effiziente Produktionsbedingungen auch von der Verfügbarkeit öffentlicher Güter ab. Das entstehende Dilemma entspringt nicht moralischem Fehlverhalten, sondern reflektiert Strukturveränderungen und die Entscheidungslogik zunehmend global operierender Unternehmen, die nationalen Regulationsregimen entfliehen können. Unter Bedingungen internationalen Wettbewerbs und fehlender internationaler Koordination wichtiger Politikfelder wie der Steuerpolitik kann dieser Prozess kaum angehalten werden. Steuern oder Löhne werden immer in einem anderen Land noch niedriger sein.

Die Unterversorgung mit öffentlichen Gütern mag kurzfristig gar nicht bemerkbar sein, da Gesellschaften zunächst von früheren Investitionen zehren können. Somit wird die Unterinvestition erst zu einem späteren Zeitpunkt funktional relevant. Es ist jedoch alles andere als klar, dass eine global organisierte Ökonomie langfristig die Bedingungen reproduzieren kann, von denen sie abhängt. Dies einfach anzunehmen, wäre ein funktionalistischer Fehlschluss. Sogar der Regulationsstaat könnte an seine Grenzen stoßen.

Entwicklungsländer, die derzeit mit starken Wachstumsraten in die Weltökonomie integriert werden – besonders China –, könnten in der Zukunft von ähnlichen Problemen betroffen sein. Fred Block und Peter Evans (2005: 511) verweisen darauf, dass, »China's new romance with markets has depended in part on having inherited the advantages of a very egalitarian income distribution and exceptional ... provision of public goods«. Die Strukturen und Institutionen der vormarktlichen Zeit sind ein Reservoir traditioneller Ressourcen, das für die Möglichkeit der Entstehung von Märkten relevant ist. Es bleibt jedoch eine offene Frage »how long the fruits of this inheritance persist« (ebd.). Bereits heute ist erkennbar, dass China riesige Probleme im Umweltbereich und im sozialen Bereich hat, etwa durch dramatische regionale Wohlstandsgefälle, schnell

steigende soziale Ungleichheit und das Fehlen eines entwickelten Sozialstaats, einschließlich eines funktionierenden Rentensystems (Li 2005).

(2) Ein zweites Dilemma entsteht bei der Frage politischer Legitimation. Während der letzten sechzig Jahre waren der Sozialstaat und die Sozialpolitik wichtige Grundlagen der Legitimation kapitalistischer Ökonomien in der industrialisierten Welt. Zum Teil war der Sozialstaat dabei durch seinen funktionalen Beitrag zur Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft gerechtfertigt. Dies war jedoch nur ein Teil seiner Legitimation, neben normativen Begründungen. Erkennbar ist dies zum Beispiel an der Rahmung der Entwicklung des Sozialstaates in einer Begrifflichkeit der Evolution von Rechten. T.H. Marshall (1950) formulierte die Sequenz von bürgerlichen zu politischen und schließlich zu sozialen Rechten und zeigte damit eine zunehmende Emanzipation der Menschen von den sozialen Kräften an, die jenseits ihrer individuellen Kontrolle sind. Auch wurde die Verringerung sozialer Ungleichheit als Voraussetzung für die politische Freiheit der Bürger gesehen. In diesem Sinne befördert der Staat die Realisierung aufklärerischer Ideen der »staatsbürgerlichen Vernunft« (Habermas 1998). In der Sprache von Amartya Sen (1985) trägt der Staat zur Entwicklung sozialer und politischer »Fähigkeiten« bei.

Dies sind entschieden nichtökonomische Referenzpunkte, die nichtsdestoweniger Rückwirkungen auf das ökonomische System haben können. Die Institutionalisierung sozialer und politischer Werte in den westlichen Ländern durch die Entwicklung eines umfassenden Sozialstaates mag jedoch eine ganz spezifische historische Konstellation zur Voraussetzung gehabt haben, bei der die Ausdifferenzierung des Nationalstaates und die Entwicklung des modernen Kapitalismus koinzidierten (Streeck 2004: 31ff.). Auch wenn die heutigen Globalisierungsprozesse ihren Anfang in politischen Entscheidungen hatten (Scharpf 1998), sind die Folgen möglicherweise politisch nicht kontrollierbar und tragen zur Destabilisierung von Institutionen bei, mit denen die Realisierung wichtiger sozialer Werte erreicht worden ist. Die einseitige Realisierung ökonomischer Verwertungsziele könnte dann grundsätzliche Irritationen der moralischen Grundlagen der Gesellschaft zur Folge haben und letztlich zur De-legitimation des Marktsystems selbst beitragen.

5 Reaktionen auf die veränderte Rolle des Staates

Diese Entwicklung könnte die Soziologie dazu veranlassen, die Position eines neutralen Beobachters einzunehmen; sie könnte die Wiederholung von »Polanyi-Zyklen« (Abolafia 1996) diagnostizieren, eines wellenförmigen Prozesses,

in dem sich Phasen starker mit solchen geringer Regulation abwechseln, wobei letztere in einem anomischen Zustand enden, der radikale Veränderungen nach sich zieht. Die politischen Folgen der Krisen der späten zwanziger und dreißiger Jahre zählen zu den dramatischsten Beispielen solcher radikalen Transformationen und zeigen die Unvorhersehbarkeit der Entwicklung. Eine weniger lakonische Perspektive für die Soziologie wäre, an der Suche nach Reformperspektiven beteiligt zu bleiben. Wenn der Nationalstaat seine Handlungsmöglichkeiten bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und sozialen Schutzes zumindest teilweise verliert, bestehen dann alternative Instrumente für die Unterstützung sozialer Integration und der Realisierung der im modernen Wohlfahrtsstaat institutionalisierten Werte?

Reaktionen auf die zu beobachtenden Herausforderungen sozialstaatlicher Regulation lassen sich auf zwei Ebenen lokalisieren: Einerseits Vorschläge zur Institutionalisierung regulativer Mechanismen auf transnationaler Ebene und zum anderen Versuche, bestehende nationale oder subnationale Regulationssysteme zu verändern. Jürgen Habermas (1998, 2004) gehört zu den Sozialwissenschaftlern, die auf die weitere Entwicklung supranationaler Institutionen wie der Europäischen Union und deren Fähigkeit zur Übernahme von bisher auf nationalstaatlicher Ebene wahrgenommenen Aufgaben setzen. Die Ausweitung sozialer Solidarität auf die größere Gruppe europäischer Staaten würde zu Regulationen führen, denen Unternehmen nicht mehr so einfach entfliehen könnten wie den nationalen Regulationssystemen. In einer global integrierten Ökonomie kann dies jedoch nur ein Zwischenschritt sein, da der Wettbewerb zwischen den großen wirtschaftlichen Blöcken erhalten bliebe. Letztlich verlangt die Logik dieser Argumentation, weltweit geltende politische Regulationen anzustreben. Doch ist die Habermas'sche Sichtweise nicht naiv, sie impliziert auch nicht, dass ein solches Projekt in naher Zukunft realisiert werden könnte. Seine Überlegungen müssen vielmehr als normative Position verstanden werden, mit denen die politische Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Schaffung institutioneller Bedingungen für kosmopolitische Solidarität gelenkt wird.

Die transnationale Ausweitung distributiver Funktionen des Sozialstaates ist jedoch mit solch großen Problemen konfrontiert, dass es sich bei diesen Überlegungen möglicherweise eher um *wishful thinking* als um *thoughtful wishing* handelt. Die Übertragung von Verteilungsfragen und von Wertekonflikten auf die europäische Ebene – und erst recht auf die globale Ebene – würde eine sozialkulturelle Unterstützung durch eine gemeinsame »Wir-Identität« (Scharpf 1998: 230ff.) verlangen. Dies ist nicht erkennbar. Weder auf der europäischen Ebene – was zum Beispiel an der gegenwärtigen Krise der Europäischen Union deutlich wird – und erst recht nicht global. Der Nationalstaat bleibt somit »Brennpunkt kollektiver Identifikation« (Streeck 1997: 315).

Der Nationalstaat war möglicherweise in der Tat darin einzigartig, ein universalistisches – wenngleich geographisch begrenztes – System hervorzubringen, das die notwendige kulturelle und politische Unterstützung für die Art Solidarität ermöglicht, die die Korrektur von Marktergebnissen durch breit angelegte soziale Umverteilung erlaubt. Bestehende Institutionen globaler Governance wie die Welthandelsorganisation, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds konzentrieren sich auf den Marktzugang und den globalen Schutz von Eigentumsrechten (Block/Evans 2005: 518). Wirtschaftliche Kooperation in föderalistischen Systemen ist, wie Frank Dobbin (2001) zeigt, notwendigerweise auf Wettbewerbspolitik gerichtet, also auf den freien Zugang zu Märkten und nicht auf Umverteilung, da sich die Mitgliedstaaten darauf nicht einigen können. Dass staatlich regulierte globale Solidarität allenfalls in Ansätzen existiert, mag aus systematischen politischen Gründen durchaus so bleiben.¹ Möglicherweise »gibt es heute keine Alternative zum Nationalstaat als Quelle öffentlicher Gewalt über die Ökonomie« (Streeck 1997: 316).

Wenn globale Steuerung, die mehr meint als die Sicherung von Marktzugängen und Eigentumsrechten, ein eher utopischer Gedanke ist, wird die Aufmerksamkeit wieder auf den Nationalstaat und seine verbleibenden Möglichkeiten der Einflussnahme auf wirtschaftliche Prozesse gelenkt.

6 Zwei Optionen

Welche normativ attraktiven und politisch erreichbaren Optionen verbleiben den Nationalstaaten, außer der einfachen Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen? Ich möchte sehr kurz zwei mögliche Antworten skizzieren.

(1) Die erste Antwort konzentriert sich auf die Verbesserung des Marktzugangs für soziale Gruppen, deren Fähigkeiten keine Nachfrage auf dem Markt finden. Dies kann durch die Reduzierung bestehender rechtlicher und kultureller Barrieren bei der Beschäftigung, durch Lohnzuschüsse beziehungsweise eine negative Einkommenssteuer und durch die Verbesserung der Qualifikationen von Arbeitnehmern durch Investitionen in die schulische und berufliche Bildung geschehen. Zusammengenommen bedeutet dies einen grundlegenden

¹ Katastrophenhilfe, Friedensmissionen der Vereinten Nationen, transnationale Unterstützungsnetzwerke von religiösen oder ethnischen Netzwerken sind einige Beispiele für globale Umverteilung. Global tätige soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen der Zivilgesellschaften haben an Bedeutung zugenommen, spielen aber nach wie vor eine nur geringe Rolle in der Gestaltung von Globalisierungsprozessen. Globale soziale Bewegungen könnten zur Schärfung des politischen Bewusstseins der Notwendigkeit globaler Regulation beitragen. Zur Frage der Regulation von Globalisierungsprozessen siehe auch Mayntz et al. (2005).

Wandel der Sozialstaatspolitik von einer »Ergebnis korrigierenden Solidarität« durch Umverteilung hin zu dem an Input orientierten Prinzip einer »Chancen erweiternden Solidarität«, die Wolfgang Streeck (2000) als »Wettbewerbsolidarität« charakterisiert hat.

Es ist völlig klar, dass eine solche Veränderung in der Sozialpolitik hohe Kosten mit sich bringt. Die Sozialpolitik auf Beschäftigungschancen am Markt zu fokussieren und nicht auf die Korrektur von Marktresultaten bedeutet, mehr soziale Ungleichheit zu akzeptieren. Nichtsdestoweniger ist eine solche Veränderung auch normativ attraktiv. In den Mittelpunkt wird die soziale Inklusion durch Partizipation am Markt gerückt, gleichzeitig wird auf die paternalistischen und exkludierenden Merkmale des traditionellen Sozialstaates reagiert.

Der institutionelle Wandel in Richtung auf »Wettbewerbsolidarität« lässt sich am deutlichsten in den USA erkennen, wo das im New Deal errichtete Regime sozialstaatlicher Regulation während der letzten fünfunddreißig Jahre zurückgedrängt wurde, sich zugleich aber ein neuer sozialpolitischer Rahmen entwickelt hat, in dessen Zentrum die Gesetzgebung zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt steht (Piore 2005). Dies bedeutet, dass die Schwächung des während des New Deal institutionalisierten Sozialstaates nicht zu einem reinen Wettbewerbsmarkt geführt hat, »jedenfalls nicht in dem Sinne, wie es sich die Befürworter des Neoliberalismus vorgestellt haben« (Piore 2005: 229). Basierend auf der Ausweitung der Schutzrechte der Bürgerrechtsgesetzgebung von 1964, die ursprünglich nur für die Minderheit der Schwarzen gedacht war, auf andere sozial stigmatisierte Gruppen, hat sich ein neues Regime entwickelt, das ethnischen Minoritäten, Frauen, den Alten, Behinderten und Homosexuellen Schutzrechte zuteil werden lässt. Die politischen Träger dieser Entwicklung waren sozial benachteiligte oder stigmatisierte Gruppen, nicht die Gewerkschaften. Bis heute haben eine große Anzahl Menschen von diesem auf Antidiskriminierungsgesetzen und der Schaffung verbesserten Marktzugangs für alle Bevölkerungsgruppen beruhenden regulativen Rahmen profitiert. Viele soziale Gruppen »feel when they compare themselves to the preceding generation, there is a sense of enormous social progress« (Piore 2003: 11). Dies ist eine Verbesserung der Chancen bisher benachteiligter Gruppen, bei gleichzeitiger Zunahme sozialer Ungleichheit. Das Bild ist sehr viel gemischter für schwarze Männer und natürlich für jene weißen männlichen Arbeiter und Angestellten, deren Schutz im Zentrum der New-Deal-Gesetzgebung stand.

Der Erfolg der Antidiskriminierungsgesetzgebung in den USA hat seinen Hintergrund in der amerikanischen Verfassung und dem amerikanischen Rechtssystem, die erst die Möglichkeiten für die erfolgreiche soziale Mobilisierung der betroffenen Gruppen schufen. Dieser institutionelle Hintergrund besteht in den Rechtssystemen Kontinentaleuropas nicht. Nichtsdestoweniger kann eine

vergleichbare Entwicklung beobachtet werden, allerdings sehr viel stärker von Oben gesteuert. Antidiskriminierungsrichtlinien wurden in der Europäischen Union verabschiedet und werden zurzeit in den Mitgliedsstaaten implementiert. Dies zeigt eine Entwicklung, bei der Arbeitsrechte nicht mehr durch kollektive Verhandlungen, sondern durch individuelle Rechtsauseinandersetzungen durchgesetzt werden. Zumindest in Deutschland hat die Umsetzung der europäischen Richtlinie in einem deutschen Antidiskriminierungsgesetz zu heftigen Protesten von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden geführt, die die vorherzusehenden Rechtsauseinandersetzungen fürchten. Trotz dieser Proteste erscheint die Bewegung hin zu einer Stärkung individueller Rechte für benachteiligte Bevölkerungsgruppen nicht nur vor dem Hintergrund der Schwächung kollektiver Interessenvertretung normativ attraktiv, sondern ist auch vereinbar mit dem zunehmenden Wettbewerbsdruck der globalisierten Ökonomie: die Einbeziehung von Frauen, ethnischen Minderheiten und anderen benachteiligten Gruppen in den Arbeitsmarkt ist wirtschaftlich effizient, weil sie das Reservoir an Humankapital erhöht.

Diese Mischung aus effizienzbasierten Vorteilen und normativer Attraktion von »Wettbewerbssolidarität« zeigt sich auch im Bereich der Ausbildung. Chancengleichheit im Erziehungs- und Ausbildungssystem und generell den Bildungsstandard zu erhöhen, verbessert Beschäftigungschancen und stellt eine Schlüsselressource im globalen Wettbewerb dar. So wie bei der Antidiskriminierungsgesetzgebung sind die Auswirkungen nicht auf Effizienzvorteile begrenzt. Bildung hat emphatisch normative Bedeutungen, die mit dem aufklärerischen Begriff der Mündigkeit verbunden sind.

(2) Eine zweite Antwort auf die abnehmende Fähigkeit des Staates, sich durch Umverteilungspolitik gegen die negativen Begleiterscheinungen von Märkten zu stemmen, liegt möglicherweise in der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Förderung dezentralen Sozialkapitals. Die Zivilgesellschaft kann als dritter regulativer Bereich moderner Gesellschaften – jenseits der privaten Sphäre der Familie – neben dem Staat und dem Markt verstanden werden. Teilweise können zivilgesellschaftliche Assoziationen in freiwilligem Engagement Aufgaben für das Gemeinwohl übernehmen, von denen sich der Staat zurückzieht und die nicht von Märkten übernommen werden (vgl. auch Deutschmann 2004: 12ff.). Die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist zugleich nicht unabhängig vom Staat, sondern hängt von ihm durch die Verfügbarmachung förderlicher Gelegenheitsstrukturen ab (Skocpol 1999). Jedwede Gegenüberstellung von Staat und Zivilgesellschaft ist daher konzeptuell ebenso falsch wie die Gegenüberstellung von Staat und Markt.

Wie für die »Wettbewerbssolidarität« gilt auch für das zivilgesellschaftliche Engagement, dass dieses stark ambivalent ist. Auf der einen Seite wird mit der

Forderung der stärkeren Konzentration auf diesen Bereich die sinkende Bedeutung des Staates für soziale Umverteilung und die Zunahme sozialer Ungleichheit akzeptiert. Auf der anderen Seite ist zivilgesellschaftliches Engagement – wie sich bereits von Tocqueville lernen lässt – eine wichtige Stütze der Demokratie und fördert soziale Solidarität – wie es auch die Diskussionen um das Subsidiaritätsprinzip aufzeigen. Zugleich kann das Sozialkapital, das sich in der Partizipation in zivilgesellschaftlichen Assoziationen bildet, selbst eine wichtige Wettbewerbsressource für Gemeinschaften sein (Putnam 2000).

7 Schluss

Geringere Wachstumsraten und ein in seiner Umverteilungsfunktion geschwächter Staat werden die europäischen Gesellschaften zwingen, ihre soziale Integration von immer weiter zunehmendem wirtschaftlichem Wohlstand für die meisten Gesellschaftsmitglieder zu lösen (Beckert/Vortkamp 1993). Es bedarf geringer prophetischer Fähigkeiten um vorherzusehen, dass Umverteilung an die Gesellschaftsmitglieder, die ihr Einkommen nicht am Markt erzielen können, zurückgehen wird. Eine Rückkehr zu dem umverteilenden Sozialstaat, der zurzeit zurückgeschnitten wird, wird zumindest solange nicht möglich sein, wie sich keine transnationalen regulativen Institutionen entwickelt haben, mit denen sich die Umverteilung von Ressourcen in globalem Maßstab bewerkstelligen ließe. Dies ist nicht abzusehen. Zugleich ist Protektionismus ein ungangbarer Weg, da er in einer globalisierten Welt zu desaströsen wirtschaftlichen Konsequenzen führen würde.

Wie die Zählung des Kapitalismus unter den Bedingungen eines in seinen redistributiven Fähigkeiten geschwächten Staates möglich ist, bleibt für die hoch entwickelten westlichen Länder eine offene Frage. Es ist jedoch die bedeutendste Herausforderung für diese Gesellschaften, die angenommen werden muss, soll Globalisierung sich nicht zu dem desaströsen Malstrom entwickeln, der von manchen befürchtet wird. Die Stärkung gleichberechtigten Marktzugangs durch Antidiskriminierungsgesetze und der bewusste Aufbau solidarischer Beziehungen in der Zivilgesellschaft sind zwei wichtige Ecksteine einer neuen Einbettung, die normativ attraktiv und wirtschaftlich vorteilhaft sind. Für beide spielt der Staat weiterhin eine wichtige Rolle. Es ist jedoch eine ganz andere Rolle als die während der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts vornehmlich eingenommene. Einen Ersatz für den Verlust an Steuerungskapazität des Staates für die Einhegung des Kapitalismus stellen sie vermutlich nicht dar.

Literatur

- Abolafia, Mitchel Y., 1996: *Making Markets: Opportunism and Restraint on Wall Street*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Beck, Ulrich, 1986: *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beckert, Jens, 1997: *Grenzen des Marktes: Die sozialen Grundlagen wirtschaftlicher Effizienz*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Beckert, Jens/Wolfgang Vorkamp, 1993: Die Gefährdung der Demokratie durch die Krise der Ökonomie. In: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 40, 512–519.
- Block, Fred/Peter Evans, 2005: The State and the Economy. In: Neil J. Smelser/Richard Swedberg (Hrsg.), *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press, 505–526.
- Blyth, Mark, 2002: *Great Transformations: Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Braudel, Fernand, 1992 [1979]: *The Perspectives of the World*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Campbell, John L./Ove K. Pedersen (Hrsg.), 2001: *The Rise of Neoliberalism and Institutional Analysis*. Princeton: Princeton University Press.
- Dahrendorf, Ralf, 1957: *Soziale Klassen und Klassenkonflikt*. Stuttgart: F. Enke Verlag.
- Deutschmann, Christoph, 2004: *Kreativität als Verbeißung und Verhängnis*. Vortrag zum 35-jährigen Jubiläum des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in Bochum, 17.9.2004.
- , 2006: *Unsicherheit und soziale Einbettung: Konzeptionelle Probleme der Wirtschaftssoziologie*. Vortrag an der Freien Universität Berlin, 1. Februar 2006.
- Dobbin, Frank, 2001: Rail and Transport Policy: National Paradigms and Supranational Structures. In: Kjell Eliassen/Svein Andersen (Hrsg.), *Making Policy in Europe*. 2. Auflage. London: Sage, 63–85.
- Durkheim, Émile, 1992 [1893] *Über soziale Arbeitsteilung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Eichengreen, Barry, 1998: *Capital Controls: Capital Idea or Capital Folly?*
<<http://emlab.berkeley.edu/users/eichengr/policy.html>>
- Elwert, Georg, 2001: Gewaltmärkte und Entwicklungspolitik. In: *Wissenschaft und Frieden* 19, 12–16.
- Fligstein, Neil, 2001: *The Architecture of Markets*. Princeton: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen, 1998: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Ulrich Beck (Hrsg.), *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 67–85.
- , 2004: Solidarität jenseits des Nationalstaats. Notizen zu einer Diskussion. In: Jens Beckert et al. (Hrsg.), *Transnationale Solidarität: Chancen und Grenzen*. Frankfurt a.M.: Campus, 225–235.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 2003: *Sozialpolitisches Denken*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lockwood, David, 1970: Soziale Integration und Systemintegration. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 124–137.
- Mann, Michael, 1997: Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaats beendet? In: *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 106/1 (27), 113–141.

- Marshall, T.H., *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge: Cambridge University Press, 1950.
- Mayntz, Renate/Armin von Bogdandy/Philipp Genschel/Susanne Lütz, 2005: *Globale Strukturen und deren Steuerung: Auswertung der Ergebnisse eines Förderprogramms der VolkswagenStiftung*. Forschungsberichte aus dem MPIFG 1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- O'Connor, James, 1973: *The Fiscal Crisis of the State*. New York: St. Martin's Press.
- Offe, Claus, 1972: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 1996: Designing Institutions in East European Transitions. In: Robert E. Goodin (Hrsg.), *The Theory of Institutional Design*. Cambridge: Cambridge University Press, 199–226.
- Parsons, Talcott, 1951: *The Social System*. London: Routledge.
- Parsons, Talcott/Neil Smelser, 1956: *Economy and Society*. Glencoe, IL: The Free Press.
- Piore, Michael, 2003: *The Neo-Liberal Ideal and the Reality of Workplace Practice: Shifting Axes of Political Mobilization and New Regimes of Workplace Governance in the United States*. Konferenzbeitrag. Konferenz »Worlds of Capitalism: Globalization, Governance and Democracy«, Hamburg, 29.–31. Mai 2003.
- Piore, Michael, 2005: Neoliberales Ideal und neoliberale Realität in den USA: Politische Mobilisierung und neue Governanceregime am Arbeitsmarkt. In: Max Miller (Hrsg.), *Welten des Kapitalismus: Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*. Frankfurt a.M.: Campus, 227–239.
- Polanyi, Karl, 1957 [1944]: *Great Transformation*. Boston: Rinehart.
- Portes, Alejandro/Julia Sensenbrenner, 1993: Embeddedness and Immigration: Notes on the Determinants of Economic Action. In: *American Journal of Sociology* 98, 1320–1350.
- Putnam, Robert, 2000: *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Quack, Sigrid, 2000: *Transnational Governance through »Global Markets«: Developing a Critical Approach from an Institutional Perspective*. Workshop Paper. ESRI Workshop, Lissabon, 16.–19. September 2000.
- Rodrik, Dani, 2000: *Development Strategies for the Next Century*. Unveröffentlichtes Manuskript. Cambridge, MA: Harvard University.
- Rodrik, Dani (Hrsg.), 2003: *In Search of Prosperity: Analytic Narratives on Economic Growth*. Princeton: Princeton University Press.
- Scharpf, Fritz W., 1998: Demokratie in der transnationalen Politik. In: Ulrich Beck (Hrsg.), *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 228–253.
- Schelsky, Helmut, 1953: *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*. Dortmund: Ardey.
- Sen, Amartya, 1985: *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North Holland.
- Skocpol, Theda, 1999: How Americans Became Civic. In: Theda Skocpol/Morris P. Fiorina (Hrsg.), *Civic Engagement in American Democracy*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 27–80.
- Streeck, Wolfgang (Hrsg.), 1994: *Staat und Verbände*. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 25. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Streeck, Wolfgang, 1995: Neo-Voluntarism: A New European Social Policy Regime? In: *European Law Journal* 1(1), 31–59.

- Streeck, Wolfgang, 1997: Öffentliche Gewalt jenseits des Nationalstaates? Das Beispiel der Europäischen Gemeinschaft. In: Werner Fricke (Hrsg.), *Globalisierung und institutionelle Reform. Jahrbuch Arbeit und Technik 1997*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 311–325.
- , 1999: *Verbände als soziales Kapital: Von Nutzen und Nutzung des Korporatismus in einer Gesellschaft im Wandel*. MPIfG Working Paper 99/2. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/workpap/wp99-2/wp99-2.html>
- , 2000: Competitive Solidarity: Rethinking the »European Social Model«. In: Karl Hinrichs et al. (Hrsg.), 2000: *Kontingenz und Krise: Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Campus, 245–261.
- , 2004: Braucht soziale Ordnung Solidarität? Einleitung. In: Jens Beckert et al. (Hrsg.), *Transnationale Solidarität: Chancen und Grenzen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 221–224.
- Tilly, Charles, 1990: *Coercion, Capital, and the European States*. Cambridge, MA: Basil Blackwell.
- Weber, Max, 1981 [1920]: *Die Protestantische Ethik 1*. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- , 1985 [1922]: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck.